

Erscheint
wöchentlich drei
Mal und zwar
Dienstag,
Donnerstag und
Sonnabend.

Inserate:
für den Raum
einer
Kleinralt. Zeile
10 Pf.

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Gerichtsamtsbezirk Eibenstock

und dessen Umgebung.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

Abonnement
vierteljährlich
1 R. 20 Pf.
incl. Bringer-
lohn.

Dieses Blatt
ist auch
für obigen Preis
durch alle
Postanstalten zu
besorgen.

Annoncen-Annahme in der Expedition bis Mittags 12 Uhr für die am nächstfolgenden Tage erscheinende Nummer.

Bekanntmachung.

Erstatteter Anzeige zu Folge sind vor einiger Zeit aus einem Hause in Cösa wiederholt Geldbeträge und das letzte Mal vor ohngefähr 10 Wochen ca. 80 Mark, darunter zwei Zwanzigmarkstücke, gestohlen worden. Hierauf bezügliche Verdachtsmomente bittet man anher anzuzeigen.

Königliches Gerichtsamtsbezirk Eibenstock,

den 30. August 1878.

Landrod.

R.

Tagesgeschichte.

Die Berichte aus Gastein über das Befinden Sr. Majestät des Kaisers Wilhelm lauten fortwährend günstig. Vielsach verlautet jetzt, daß der Kaiser Wilhelm mit seinem Wiedereintreffen in Berlin im Monat October die Regentschaft wieder im ganzen Umfang übernehmen werde. Wie das „D. M. Bl.“ erfährt, ist das zwar der Wunsch des Kaisers, der bekanntlich an eine angestrenzte Thätigkeit gewöhnt ist, die Erfüllung desselben wird jedoch von dem Gutachten der Aerzte abhängen. Diese wollen erst den Erfolg der Gasteiner Kur abwarten, und danach ihre Entscheidung treffen. Das eine scheint jedoch heute schon festzustellen, daß der Kronprinz während des ganzen Verlaufs der außerordentlichen Reichstagsession die Regentschaft beibehält.

Berlin. Der Kultusminister Dr. Falk hat sich in Gastein persönlich davon unterrichten wollen, bis zu welchem Ende bereits die in Riffingen begonnenen Besprechungen wegen Schaffung eines modus vivendi zwischen dem Staate und der Kurie gediehen sind. Es steht fest, daß die Unterhandlungen mit voller Zustimmung des Kultusministers eingeleitet worden, während Herr Dr. Falk als Vorbedingung stellte, daß er vor den Landtag mit keiner Vorlage wegen prinzipieller Abänderung oder Abschaffung der Maigesetze zu treten brauche. Wie neuerdings verlautet, werden vertrauliche Verhandlungen zwischen dem Papste und seinem Staatssekretär Rina einerseits und dem Reichskanzler Fürsten Bismarck andererseits gepflogen, um die vorhandenen Differenzpunkte durch gegenseitige Vorschläge zu einer Lösung zu bringen. Der Modus, eine Verbindung zwischen dem Staate und der Kurie herzustellen, wodurch Konflikte in der Zukunft vermieden werden sollen, ist sehr schwieriger Natur, und, um diesen Modus aufzufinden, wird es noch einer geraumern Zeit bedürfen. Der Reichskanzler hat aber Herrn Massella zu verstehen gegeben, daß ein Modus nur dann vereinbart werden könne, wenn von der Gegenseite nicht eine Aenderung oder Abschaffung der Maigesetze, worunter natürlich das Altkatholikengesetz nicht einbegriffen ist, begehrt wird.

Von den kirchlichen elsässischen Abgeordneten und den Protestlern wird ein weiterer Antrag wegen der Optanten vorbereitet, indem der vor einem Jahre publizierte kaiserliche Gnadenerlaß den Herren nicht weit genug geht und sie eine Rückkehr der Optanten ohne jede Einschränkung und Bedingung fordern. Am 1. September ist nämlich der Termin zu Ende gewesen, bis zu welchem nach dem kaiserlichen Gnadenerlaß den jungen Elsaß-Lothringern, welche sich durch Auswanderung ihrer Militärpflicht entzogen haben und in Folge dessen von den zuständigen Gerichten verurtheilt worden sind, die Rückkehr nach ihrem Heimathlande, unter Niederschlagung des gerichtlichen Verfahrens, offen gestellt wurde. Eine große Anzahl von jungen Leuten hat von dem kaiserlichen Gnadenerlasse Gebrauch gemacht. Die Zahl dieser Optanten wäre noch größer gewesen, wenn nicht ein Theil der Ausgewanderten zum französischen Militärdienst eingestellt worden wäre. Die vielen Anfragen an die deutschen Behörden, dieselben möchten für diese Fälle die diplomatische Verwendung eintreten lassen, mußten naturgemäß in verneinendem Sinne beantwortet werden. Uebrigens sind die in die Heimath zurückgekehrten Elsaß-Lothringer der Reserve überwiesen, also von der nachträglichen Einreihung in die Armee entbunden worden.

Die deutsche Dankbarkeit ist in Rußland ein Gegenstand ziemlich eifrigen und öffentlichen Streites. Viele Russen finden nämlich, daß sie im jüngsten orientalischen Kriege und im Berliner Friedensschluß nicht so gut weggekommen sind, wie sie gewünscht haben. Bei den Russen ist nämlich der Magen und die Verdauung sogar noch größer, als die begehlichen Augen. Sie werfen nun Deutschland (Bismarck)

vor, daß es die Dankbarkeit für 1870 durchaus nicht übertrieben habe. Die Unzufriedensten schlagen sogar einen Versuch vor, ob Frankreich nicht dankbarer sein werde, wenn man ihm Dienste erweise. Das Thema von der politischen Dankbarkeit ist ziemlich heikel und verdrücklich. Zum Glück wird die russische Regierung, die ein bißchen tiefer in die Dinge hinein gesehen hat, anders über die deutsche Dankbarkeit denken als die Heißsporne. Häuser und Reiche sind auf Dankbarkeit überhaupt nicht zu bauen.

Der Petersburger „Regierungsbote“ veröffentlicht einen längeren Artikel, in welchem anlässlich der Gährung in Rußland ausgeführt wird, daß angesichts der Reihe verbrecherischer Thaten einer Menge schlimmgefunter Personen, welche in der am 16. August cr. erfolgten Ermordung des Generals Mesenzow gipfelten, die Geduld der Regierung gänzlich erschöpft sei. Die Regierung erachte es für ihre Pflicht gegenüber jedem ehrlichen russischen Bürger, das öffentliche und das Privatleben sowie die Eigenthumsrechte vor Rechtsverletzungen zu schützen, welche die ruhige und rechtmäßige Entwicklung des Staatslebens stören. Die Regierung werde fortan mit unbeugsamer Strenge diejenigen verfolgen, welche sich als schuldig oder mitschuldig an den gegen die bestehende Staatsordnung und die Grundlagen des öffentlichen und des Familienlebens, sowie gegen die Eigenthumsrechte gerichteten Plänen erweisen würden. Bei aller Energie der Maßnahmen der Regierung müsse letztere jedoch eine Stütze in der Gesellschaft selbst finden. Sie rufe deshalb die Hilfe aller Stände des russischen Volkes an, um das Uebel auszurotten, welches in falschen Lehren wurzelt. Das russische Volk und seine besten Vertreter müßten durch Thaten beweisen, daß in ihrer Mitte derartige Verbrecher keinen Platz haben, daß sie die Regierung unterstützen werden, um den gemeinschaftlichen Feind auszurotten. Schließlich ermahnt die Regierung, die studirende junge Generation die schweren Folgen reißlich zu überlegen, denen letztere sich aussetze, indem sie die in ihrer Mitte verbreiteten falschen Doctrinen annehme.

Die polnischen Agitatoren können nicht zur Ruhe kommen — aber, wie dies nun einmal ihr Loos will — rühren sie sich auch jetzt wieder zur Unzeit, d. h. in einer Periode, in welcher sie weniger als je zuvor Aussicht haben, ihre revolutionären Pläne durchzuführen. In Rußland wenigstens hat nach Beendigung des Türkenkrieges ein polnischer Aufstand kaum irgend welche Chancen für sich. Nach der „Nord. Allg. Ztg.“ ist nun von Genf aus ein Aufruf „An die polnische Nation“ gedruckt und von dort aus in die Landestheile mit polnischer Bevölkerung und unter der Emigration verbreitet worden. Derselbe verdient um deswillen eine größere Beachtung, weil das Manuscript von einem polnischen Grafen nach Genf gebracht worden war, der im Vatikan zwar nicht mit den päpstlichen Behörden, aber mit gewissen Intrantsanten oder, um es kürzer auszudrücken, mit den Jesuiten intime Beziehungen unterhält. Es heißt darin, daß, um das Gelingen des Befreiungskampfes zu sichern, die Ausbrüche künftig nicht wieder plötzliche und durch die Leidenschaft angefahte sein dürften, sondern von langer Hand durch stetige und emsige Arbeit auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens vorbereitet werden müßten. Alle Landestheile mit polnischer Bevölkerung müßten gemeinschaftlich handeln; dazu sei eine geheime Nationalregierung mit einer unmittelbar von ihr abhängigen geheimen Organisation erforderlich. Eine solche Regierung habe sich konstituiert und werde in dem geeigneten Augenblick den Ruf „Zu den Waffen“ erheben; der Augenblick werde gekommen sein, wenn die Habsburger der Eroberer einen Zusammenstoß unter ihnen erzeuge. Wenn die „Nord. Allg. Ztg.“ heute auf diesen schon am 1. Februar erlassenen Aufruf zurückkommt, so hat dies seinen guten Grund. Der Artikel ist augenscheinlich geschrieben, um dem Vatikan nachzuweisen, mit welchen